

GA 17.12.2005

LG

VI GENERAL-ANZEIGER 9

# Bürgerinitiative ruft zum Widerstand auf

**STADTPLANUNG** Gegner der Bebauung des Meßdorfer Feldes fordern ein neues Verkehrsgutachten

Von **Maike Jansen**

**LESSENICH.** „Fünf vor Zwölf für das Meßdorfer Feld“ steht auf großen Zetteln, die Heiko Haupt mit Klebestreifen an die beiden Tapetentische geklebt hat. Ein paar Meter weiter bauen seine Mitstreiter einen großen Topf mit Glühwein auf, der Geruch von Zimt und Nelken erfüllt die eisige Luft.

Zwei Stunden lang wollen die Mitglieder der Bürgerinitiative hinter ihrem Stand ausharren – und das, wenn es sein muss, noch viele weitere Male. „Viele Menschen denken, weil die Diskussion um die Bebauung des Meßdorfer Feldes schon so ewig lange besteht, wird auch die Bebauung selbst noch lange auf sich warten lassen“, sagt Haupt, doch das sei ein Fehlschluss: „Wenn alles so läuft, wie die politische Mehrheit es will, dann tritt der Bebauungsplan im Sommer nächsten Jahres in Kraft.“ Und das, obwohl laut Bürgerinitiative viele Fragen weiterhin offen bleiben.

„Es müsste ein neues Verkehrsgutachten erstellt werden“, fordert Haupt. Das jetzt verwendete stamme aus dem Jahr 2003, als es noch andere Pläne für die

Bebauung gab. „Würde man wirklich ein solche Stichstraße bauen und den Verkehr über die Lessenicher Straße leiten, käme es hier zum Kollaps“, sagt Haupt. Deswegen sei es wichtig, dass möglichst viele Bürger noch bis zum 23. Dezember ihre Chance nutzen und bei der Stadt Einwendungen erheben. Denn so lange liegen die Baupläne aus, Beschwerden und Bedenken muss die Verwaltung in den Entscheidungsprozess mit einfließen lassen.

Auch die Bürgerinitiative will noch einmal ihre Stimme gegen die Bebauung erheben: In einer ausführlichen Stellungnahme wollen die Bürger die Schwachstellen der Planung aufzeigen und ein neues Gutachten über die Verkehrssituation erwirken. „Sollte das alles keinen Erfolg haben, haben wir nur noch die Hoffnung, dass jemand gegen die Bebauung klagt“, sagt Haupt, der selbst nicht Anwohner ist und damit auch keine Möglichkeit zur Klage hat. „Ein Gerichtsverfahren würde sich über Jahre hinziehen und brächte der Stadt eine enorme Planungsunsicherheit“, sagt er. „Wir wollen uns nachher nicht von der Politik vorwerfen lassen, wir hätten ihnen die Schwachstellen nicht rechtzeitig aufgezeigt.“